

Wie ein ÖRR-Sender seine Nutzer missachtet und die Rechtschreibung ignoriert

Von Fabian Payr

Veröffentlicht am 13.01.2025 | Lesedauer: 8 Minuten



Maskottchen „Onkel Otto“ vor der hr-Zentrale in Frankfurt

In Hessens Schulen gelten Genderzeichen als Fehler. Trotzdem ignoriert der Landes-Sender weiter die Orthografie. Beschwerden dagegen werden abgewimmelt. Die Antworten diskriminieren die Mehrheit der Bevölkerung. Ein Erfahrungsbericht.

Ungeachtet der großen Ablehnung, die das Gendern in der Bevölkerung erfährt, will der Hessische Rundfunk weiter an der Nutzung von „inklusive Sprache“ festhalten. Das generische Maskulinum gehöre der Vergangenheit an. Auch Gendersonderzeichen möchte der hr verwenden und sieht sich an geltende Rechtschreibregeln nicht gebunden. Dies war Gegenstand einer Beschwerde, die im Dezember im Rundfunkrat behandelt wurde.

Anlass für die förmliche Beschwerde, die vom „Netzwerk Sprachkritik“ im letzten Sommer beim Rundfunkrat eingereicht wurde, waren Erläuterungen des hr zur hauseigenen Genderpraxis auf seiner Website. So erklärt die Redaktion der „Hessenschau“ (<https://www.hessenschau.de/redaktion/gendergerechte-sprache-auf-hessenschau-de-v2,gendergerechte-sprache-redaktion-100.html>) , weshalb sie von der Nutzung des generischen Maskulinums Abstand genommen hat: Viele Menschen fühlten sich „durch das generische Maskulinum nicht repräsentiert.“ Da man aber „alle Menschen in Hessen“ erreichen wolle, gehöre das „generische Maskulinum in unserem Angebot der Vergangenheit an.“

An anderer Stelle (https://www.hr.de/unternehmen/backstage-und-meldungen/archiv-backstage-geschichten/geschlechtersensible-sprache-im-hr-v1,geschlechtersensible_sprache-100.html) unterstellt der hr allen Nutzern des generischen Maskulinums implizit eine rückständige und nicht „zeitgemäße“ Sprachpraxis: „Der hr als moderner öffentlich-rechtlicher Rundfunksender verwendet zeitgemäße Sprache“. Der Sender nimmt für sich in Anspruch, seine Sprachpraxis stehe „für Toleranz und Chancengleichheit, für Vielfalt und Inklusion.“ Hierdurch unterstellt er Menschen, die Gendern ablehnen, mangelnde Bereitschaft, sprachlich für diese Werte einzustehen. Wer nicht „geschlechtergerecht“ formuliert, der spricht offenbar „geschlechterungerecht“.

Die Behauptung „Viele Menschen fühlen sich durch das generische Maskulinum nicht inkludiert“ ist offensichtlich unzutreffend. Empirisch durch Studien und Umfragen belegt ist vielmehr, dass ein Großteil der Menschen in Deutschland Gendersprache ablehnt und das generische Maskulinum als inklusive Form versteht, laut einer kürzlich durchgeführten Infas-Umfrage darunter sogar mehr Frauen (82 Prozent) als Männer (77 Prozent). Auch die Behauptung, die jüngere Generation sei dem Gendern besonders zugeneigt, ist unzutreffend: 89 Prozent der 18- bis 24-Jährigen gendern laut dieser Umfrage selten oder nie. Selbst eine Mehrheit der Grünen-Wähler ist genderkritisch eingestellt.

Man fragt sich auch, wie es um die vielbeschworene Inklusion bestellt ist, wenn der hr einen elitären Soziolekt pflegt, der Menschen mit sprachlichen Defiziten, Migranten und bildungsferne Personen von der sprachlichen Teilhabe ausschließt. Deutsch gilt als schwer zu erlernende Sprache. Wer die Komplexität dieser Sprache durch neu geschaffene Kunstformen steigert, erschwert Ausländern, aber auch Menschen mit Sprachdefiziten den Spracherwerb.

Das Konzept der Gendersprache stützt sich auf die umstrittenen Thesen der feministischen Linguistik und der Genderlinguistik. Zu diesem Themenkomplex sind in den letzten Jahren etliche kritische Fachbeiträge von hochrangigen Experten erschienen, Eckhard Meinekes umfangreiche Monografie „Studien zum genderneutralen Maskulinum“ wäre hier an erster Stelle zu nennen, aber auch die Beiträge von Ewa Trutkowski, Peter Eisenberg, Gisela Zifonun, Martin Neef oder Katerina Stathi. Die pauschale Bewertung des inklusiven Maskulinums als diskriminierende Sprachform darf als gründlich widerlegt gelten. Auch der Glaube an die Wirkmacht der Sprache zum Segen der Geschlechtergerechtigkeit ruht auf keinem belastbaren wissenschaftlichen Fundament.

Es ist nun eine Sache, dass sich die „geschlechtergerechte“ Sprachpraxis des hr wissenschaftlich nicht stichhaltig begründen lässt und die aktuelle Forschungslage dem Sender nicht bekannt zu sein scheint. Problematischer aber ist der arrogante Habitus des Senders, mit dem er sich über die sprachlichen Vorlieben eines Großteils der Bevölkerung erhebt. Wer seine eigene Sprachpraxis als „inklusiv“ und „zeitgemäß“ anpreist, der wertet Anderssprechende implizit ab. Die Nutzer des verpönten geschlechtsneutralen Maskulinums sind beileibe aber – wie die eingangs genannten Zahlen zeigen – keine gesellschaftliche Randgruppe: Es ist die Mehrheit der Gesellschaft.

Das Netzwerk Sprachkritik hat die Ausführungen des hr zur Nutzung der geschlechtergerechten Sprache im Sommer 2024 zum Anlass genommen, eine förmliche Beschwerde beim Rundfunkrat einzureichen. In der Beschwerde wurde dargestellt, warum die Erklärungen des hr zur Verwendung von Gendersprache eine Diskriminierung Anderssprechender – konkret: der Nutzer des generischen Maskulinums – darstellen. Außerdem wirft die Initiative dem Sender eine „Missachtung des Bildungsauftrags“ (u.a. §§ 26, 51 MStV) vor.

Dies wird wie folgt begründet: Mit der Nutzung von Gendersonderzeichen missachte der hr wissentlich und willentlich das geltende Amtliche Regelwerk für die deutsche Rechtschreibung. Das vom Rat für deutsche Rechtschreibung aktualisierte Amtliche Regelwerk mit dem neuen Amtlichen Wörterverzeichnis ist seit dem 1. Juli 2024 verbindlich für Schule und Verwaltung. Die Nutzung von Genderzeichen wie Doppelpunkt, Stern oder Unterstrich ist in hessischen Schulen derzeit untersagt: Die Verwendung der regelwidrigen Binnenzeichen wird dort als Fehler gewertet und mit Punktabzug sanktioniert. Es ist hessischen Schülern und Lehrern nicht zu vermitteln, warum für den hr andere Regeln gelten als für den schulischen Bereich.

Im August 2024 nimmt der Intendant des hessischen Rundfunks, Florian Hager, in einem halbseitigen Schreiben kurz Stellung zur eingereichten Beschwerde. Er weist die Behauptung zurück, „dass die Verwendung von geschlechtersensibler Sprache (...) sozialen Unfrieden stiften würde oder diskriminierend sei.“ Da dieses Schreiben nicht auf die Argumente der Beschwerdeführer eingeht, bitten diese um Weiterleitung an den Beschwerdeausschuss, der sich erst im Oktober zu der Angelegenheit äußert.

Was dem generischen Maskulinum unterstellt wird

Man habe „die Beschwerde ausführlich und intensiv inhaltlich besprochen und durchaus kontrovers diskutiert“. Man weist darauf hin, dass das geltende amtliche Regelwerk für die deutsche Rechtschreibung „keine rechtliche Bindungskraft“ für den hr habe. Es stelle lediglich eine Empfehlung dar. Der Ausschuss erwähnt die „Grundprinzipien“ der Arbeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: Rundfunkfreiheit und Staatsferne. Mit den Grundsätzen von Rundfunkfreiheit und Staatsferne wäre es, so der Ausschuss, unvereinbar, wenn Entscheidungen der staatlichen Organe über die hessische Schulpolitik sich unmittelbar auf die Gestaltung der Programme des Hessischen Rundfunks auswirken würden. Rundfunkfreiheit bedeutet für den hr also: Wir schreiben, wie es uns passt.

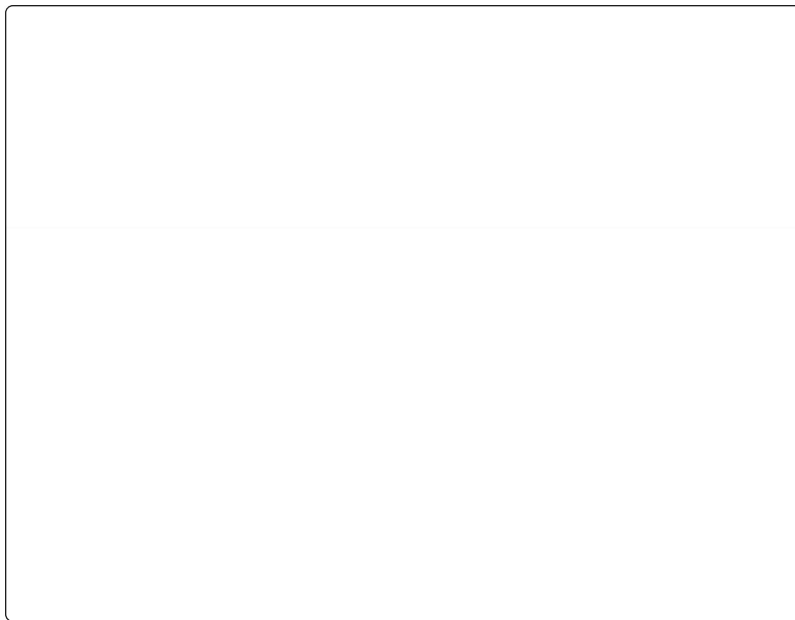
Der wohl bemerkenswerteste Satz dieses Schreibens findet sich am Ende: „Sofern in Programmen des Hessischen Rundfunks gegendert wird, werden dadurch andere Menschen nicht daran gehindert, weiterhin Sprachformen zu nutzen, die weibliche und nicht binäre Menschen nicht einschließen.“ Hiermit unterstellt der Beschwerdeausschuss Nutzern des generischen Maskulinums, sie würden mit ihrer Sprachpraxis (mit Vorsatz?) weibliche und nicht binäre Menschen ausschließen.

Gegen die Entscheidung des Beschwerdeausschusses ruft das Netzwerk Ende Oktober das Plenum des Rundfunkrates an – das ist der mögliche dritte Schritt einer förmlichen Beschwerde. Die Netzwerker fragen, wie man hessischen Schülern erklären soll, dass für den hessischen Rundfunk offenbar andere orthografische Regeln gelten als für die Schulen. Und fügen an: „Ist das Konzept ‚Rundfunkfreiheit‘ so weit ausdehnbar, dass es den Gebrauch einer sprachpädagogisch und sprachpolitisch motivierten Privat-Orthografie legitimiert?“

Auch die unzutreffende Bewertung des generischen Maskulinums als diskriminierende Sprachform wird von den Beschwerdeführern kritisiert. Sie fragen, auf welcher argumentativen Grundlage der hr Nutzern des generischen Maskulinums (einer großen Mehrheit seiner Zuhörer) eine rückständige und diskriminierende Sprachpraxis unterstellt. Weitere Frage: „Ist es mit dem Neutralitätsgebot des ÖRR vereinbar, einen Soziolekt zu verwenden, der eine eindeutige politische Heimat hat?“

Am 13. Dezember kommt die Beschwerde schließlich im Plenum des Rundfunkrats zur Sprache. Tagungsordnungspunkt 5 der Sitzung lautet: „Beschwerdeverfahren hinsichtlich rechtlicher Konformität bei der Nutzung von Sonderzeichen als Ausdruck gendergerechter Sprache im Unternehmen Hessischer Rundfunk“. Keine der zahlreichen in der Beschwerde aufgeworfenen Fragen wird im Plenum diskutiert. Der Argumentation des Beschwerdeausschuss folgend wird lediglich erneut festgestellt, dass es keine rechtlichen Bedenken bei der Nutzung von Gendersonderzeichen durch den hr gibt. Das differenziert argumentierende Schreiben der Initiative wird lediglich auf die eine Frage verzwert, ob die „progressiven“ Sprachexperimente des hr rechtlich zulässig sind. Das wird bejaht.

Dabei gehen die Einschätzungen zum Gendern im Rundfunkrat durchaus auseinander, wie die kurze Diskussion zeigt: Eine Teilnehmerin unterstreicht, sie fühle sich vom geschlechtsneutralen Maskulinum durchaus angesprochen, eine andere zeigt sich genervt von Gendersternchen in Texten, eine weitere wiederum besteht darauf, mit generischen Maskulina heutzutage nicht mehr behelligt zu werden. Intendant Florian Hager ergänzt, dass eine „diskriminierungsfreie“ und „geschlechtersensible“ Ansprache mit dem generischen Maskulinum nicht möglich sei. Der Ratsvorsitzende Harald Freiling schließlich wehrt sich gegen den Vorwurf, der Sender wolle mit dem Gendern sprachliche „Umerziehung“ à la [George Orwell \(https://www.welt.de/kultur/article213259696/1984-Wie-Orwell-den-Kampfbegriff-Neusprech-erfand.html\)](https://www.welt.de/kultur/article213259696/1984-Wie-Orwell-den-Kampfbegriff-Neusprech-erfand.html) betreiben.



Fazit: Der hr wird die sprachliche Abkoppelung von seiner Zuhörer- und Zuschauerschaft weiter fortsetzen und seinen von der feministischen Linguistik inspirierten Privatjargon auch in Zukunft pflegen. An einem „Dialog auf Augenhöhe“ mit seinen „Zuhörenden“ und „Zuschauenden“ hat er kein Interesse. Mit dem Gebrauch der Gendersprache nutzt er einen Soziolekt, der sicher in universitären und bestimmten politischen Milieus Anklang findet. Es wäre die Aufgabe des Rundfunkrates, hier kritisch zu intervenieren. Er müsste Kritik daran üben, dass der Sender die aktivistische Sprache einzelner Mitarbeiter zum moralischen Aushängeschild erklärt. Der Rat müsste den Journalisten im hr vor Augen halten, was es wirklich bedeutet, ein „Angebot für alle“ zu erstellen. Ein solches Angebot würde eine Sprache verwenden, die eint und nicht spaltet, eine Sprache, die Inhalte in den Mittelpunkt stellt und nicht die vermeintlich progressive Gesinnung der Texter.

Dass die öffentlich-rechtlichen Sender sich zunehmend der Kritik stellen müssen, war auch Thema in der Ratssitzung. Kein Mitglied dieser Runde kam aber offenbar auf die Idee, dass der Unmut über den ÖRR auch darauf zurückzuführen sein könnte, dass Sender und Publikum längst keine gemeinsame Sprache mehr haben.

*Der studierte Germanist und Musiker Fabian Payr ist Autor des Buches: „Von Menschen und Mensch*innen. 20 gute Gründe, mit dem Gendern aufzuhören“. Er ist Initiator des Aufrufs linguistik-vs-gendern.de (<http://linguistik-vs-gendern.de/>) und Mitglied des „Netzwerk Sprachkritik“, einem Zusammenschluss von Publizisten, Journalisten und Wissenschaftlern.*

© PREMIUM-GRUPPE GmbH 2025

Ein **Axel Springer** Unternehmen

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen <https://epaper.welt.de>